

**Antrag an die 17. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen und
Gleichstellungsbeauftragten in Schwerin**

Antragstellerinnen: Bundessprecherinnen
Antragsnummer: V

Gegenstand des Antrags:

Beschluss zur Auflösung der eigenständigen Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen, -minister, -senatorinnen und -senatoren der Länder(GFMK)

AdressatInnen: Bundesregierung, die vorsitzführenden Länder beider o.g.
Konferenzen, Landesregierungen

Antrag:

Wir fordern die Rücknahme des Beschlusses der GFMK vom 03.06.2005, welche die Zusammenlegung der beiden Konferenzen GFMK und JMK vorsieht.

Es wird dadurch eine nachhaltige Schwächung der Frauen- und Gleichstellungspolitik in Bund und Ländern eintreten.

Begründung:

Die GFMK ist das wichtigste länderübergreifende Gremium zur Durchsetzung frauenpolitischer Ziele auf allen Ebenen in der Bundesrepublik Deutschland.

Frauenpolitik darf nicht unter Familien- und Jugendpolitik subsumiert werden, da sie dadurch den Charakter der Querschnittspolitik verliert.

Die Begründung der Länder, welche diese Zusammenlegung initiiert haben, dass dadurch Synergieeffekte erzielt werden könnten, ist aus mehreren Gründen nicht nachvollziehbar:

- a) Die JMK ist gegen diesen Zusammenlegungsbeschluss
- b) Warum soll (siehe Beschlussfassung vom 03.06.2005) der zusammengelegte Ausschuss nur nach den Regularien des einen (nämlich denen des JMK) arbeiten?
- c) Es ist auch nicht hinzunehmen, dass diese neue Konferenz nun: Konferenz der FRAUEN-, JUGEND-, FAMILIE und GLEICHSTELLUNGSministerinnen,- minister,- senatorinnen und senatoren der Länder heißen soll. Schon die Trennung im Namen von Frau und Gleichstellung ist symptomatisch für diesen Vorgang.
- d) Die JMK umfasst allein schon ca. 40 Personen – bei Zusammenlegung wäre eine Wahrnehmung und effektive Bearbeitung frauenpolitischer Themata tiefgreifend kaum gewährleistet und die Arbeitsfähigkeit des Gremium in Frage gestellt.

Es ist nicht hinnehmbar für die Frauenpolitik in Deutschland, dass nun auch diese wichtige Struktur der Frauen- und Gleichstellungspolitik in Deutschland derartig geschwächt und ad absurdum geführt werden soll.